

Dresdner Journal.

Königlich Sächsischer Staatsanzeiger. Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Nr. 226.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: i. V. Regierungsassessor Dr. Ilberg in Dresden.

Freitag, den 28. September

1906.

Bezugspreis: Beim Bezug durch die Expedition, Große Zwingerstraße 20, sowie durch die Post im Deutschen Reich 2 M. 50 Pf. vierjährlich.
Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint werktags nachmittags. — Fernsprecher Nr. 1295.

Auskündigungen: Die Zeile kleiner Schrift der 6 mal gespaltenen Ankündigungssseite oder deren Raum 20 Pf., die Zeile größerer Schrift der 8 mal gespaltenen Textseite oder deren Raum 50 Pf. Geschäftseröffnung auf Geschäftsanzeigen. — Schluss der Annahme vormittags 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Sekretär Basta bei der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt bei seinem Übertritte in den Ruhestand das Verdienstkreuz zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Senatspräsident Reichardt beim Reichsgericht Leipzig das ihm von Sr. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Altenburg verliehene Komturkreuz 2. Klasse des Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens annehme und trage.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Amtshauptmann Geh. Regierungsrat Dr. Schnorr v. Carolsfeld in Zwickau das ihm von Sr. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Altenburg verliehene Komturkreuz 2. Klasse des Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens annehme und trage.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Polizeidirektor Breitschneider in Leipzig das ihm von Sr. Hoheit dem Herzog von Sachsen-Altenburg verliehene Komturkreuz 2. Klasse des Herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens annehme und trage.

Die Herren Bezirkärzte Geheimer Medizinalrat Dr. Siegel in Leipzig und Medizinalrat Dr. Kindt in Grimma sind in der Zeit vom 8. bis mit 20. Oktober d. J. dienstlich abwesend.

Die Stellvertretung wird ausgeübt:
im XI. Medizinalbezirk (Amtshauptmannschaft Leipzig) durch Herrn Bezirkärzt Dr. Holtz in Oschatz, im Stadtmedizinalbezirk Leipzig dagegen durch Herrn Hofrat Dr. Blasius unter Assistenz des Herrn Sanitätsrats Dr. Thiersch in Leipzig.

im XIII. Medizinalbezirk (Amtshauptmannschaft Grimma) durch Herrn Bezirkärzt Dr. Hirsch in Borna, auch während der Beurlaubung des Herrn Bezirkärztes Medizinalrat Dr. Kindt in der Zeit vom 21. bis mit 31. ders. Mon.

Leipzig, am 22. September 1906. 7920

Königliche Kreishauptmannschaft.

Eruenungen, Besetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Zum Geschäftsbereiche des Ministeriums des Kultus u. öffentl. Unterrichts. Erledigt: eine ständige Lehrerstelle an der Volksschule zu Weinböhla. Kollator: der Gemeinderat 1200 M. Anfangsgehalt und 300 M. Wohnungsgeld für verheirateten, beg. 160 M. für unverh. Lehrer. Das Gehalt steigt nach 29 Dienstjahren auf 2700 M. Auswärts verbrachte Dienstjahre werden angerechnet. Bewerber sollen befähigt sein, Unterricht in Englisch und Französisch zu erteilen. Gefüchte sind mit allen erforderlichen Beugnissen bis 12. Oktober an den Gemeinderat einzureichen.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Bom Königlichen Hofe.

Dresden, 28. September. Se. Majestät der König stattete gestern nachmittag Ihrer Majestät der Königin und Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Heinrich der Niederlande auf Schloß Albrechtsberg einen Besuch ab.

Heute vormittag traf Se. Majestät im Residenzschloß ein und nahm hier zunächst militärische Meldungen und dann die Worte des Herren Staatsminister sowie des Departementschefs der Königl. Hofstaaten und des Königl. Kabinettssekretärs entgegen.

Um 1 Uhr empfing Allerhöchsteselbe folgende Herren in Audienz: Ihre Exzellenzen Präsident der Oberrechnungskammer Witzl, Geh. Rat Edler v. der Planitz und Generalleutnant z. D. Barraß, Generaldirektor der Königl. Staats-eisenbahnen v. Riebach, Vizepräsident der Oberrechnungskammer Geh. Rat Müller, Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Reiter, Oberforstmeister Geh. Oberforstrat Prof. Dr. Neumeister, Geh. Bauarzt Prof. Frühling, die Landgerichtsdirektoren Dr. Heine und Dr. Hesse, Direktor der Forsteinrichtungsanstalt Oberforstmeister Gehre, Forstmeister Breitfeld, Rießfeld und Bauarzt Graebner.

Nach Erledigung dieser Regierungsgeschäfte lehrte Se. Majestät nach Schloß Pillnitz zurück, wo um 2 Uhr die Königliche Mittagstafel stattfand, zu der an Ihre Exzellenzen den Minister des Königl. Hauses Staatsminister v. Meyrich und

an den König Gesandten in München Witzl, Geh. Rat Freiherr v. Frieden eingeladenen ergangen waren.

Heute nachmittag begibt Sich Se. Majestät der König zu Jagden nach Grillsburg und nimmt bis nächsten Dienstag im dortigen Jagdschloss Quartier.

Von Mittwoch, den 3. bis Sonnabend den 6. Oktober, wird Se. Majestät zu Jagden in Rießfeld weilen.

Deutsches Reich.

Achtzigster Geburtstag des Bischofs von Ermland.

(W. T. B.) Frauenburg, 27. September. Zur Feier des 80. Geburtstages des Bischofs von Ermland, D. Andreas Thiel, ist diesem von Sr. Majestät dem Kaiser der Rote Adlerorden I. Klasse verliehen und ein herzliches Glückwunschtelegramm überendet worden. Im Namen der Preußischen Staatsregierung sprach Oberpräsident v. Motte Glückwünsche aus und überreichte dem Bischof nach einer herzlichen Ansprache den genannten Orden. Weiter gratulierten der Kommandierende General Frhr. v. der Goltz, Regierungspräsident Danzig, Domprobst Dittrich unter Überreichung einer Ehrengabe und namens der Geistlichkeit Delan Heller aus Christburg. Bei der Tafel brachte Bischof D. Thiel ein Hoch auf den Kaiser und den Papst aus, Oberpräsident v. Motte auf den Jubilar und General v. der Goltz hielt im Namen der Gäste einen weiteren Trinkspruch auf den Bischof. Zur Feier sind noch zahlreiche Delegierte eingegangen, u. a. eine solche von dem preußischen Kultusminister Dr. v. Studt.

Bom sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim.

In der gestrigen Sitzung des Parteitags wurde die Debatte über den politischen Waffenstreik zu Ende geführt. Die meisten Redner gaben der Empfindung Ausdruck, daß man nach den vorgebrachten Reden einer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften bedeutend näher gekommen sei. Auch der gegen die politisch neutrale Haltung der Gewerkschaften gerichtete und vom Parteivorstande zur Ablehnung empfohlene Antrag Rautsky wurde von der Mehrzahl der Redner, darunter von sonst als radikal geltenden, belämpft. Kortreferent Legien weigerte sich, vor dem Referenten Bebel das Schluswort zu nehmen, und als der Parteitag auf dieser Reihenfolge bestand, verzichtete er auf das Wort. Bebel belämpfte in seinem Schluswort den Antrag Rautsky und trat dann Rosa Luxemburg entgegen, die gemeint hatte, die Partei wolle im Falle einer deutschen Intervention in Russland gar nichts tun. Die starken deutschen Heeresansammlungen an der Ostgrenze seien nur der allgemeinen politischen Situation entsprungen. Auch die Banknoten habe man zwar veranlaßt, dem Deflationismus unter die Arme zu greifen, aber bis zur bewaffneten Intervention sei noch ein weiter Schritt. Sollte indessen die für unmöglich gehaltene deutsche Intervention doch erfolgen, so würde die deutsche Sozialdemokratie selbstverständlich kraft ihrer nationalen Verpflichtung und ihres glühenden Wunsches, ein großes Volk in seinem Kampfe gegen die Gewalt zu unterstützen, alles aufstellen, um einen solchen Plan zu durchkreuzen.

Ausland.

(Drahtnachrichten.)

Bom der österreichischen Wahlrechtsreform.

(W. T. B.) Wien, 27. September. Der Wahlrechtsreform-ausschuss nahm heute den § 36 der Reichsratwahlordnung gemäß dem Antrag Starzynski an, demzufolge in Galizien gleichzeitig mit der Wahl eines Minoritätsabgeordneten auch ein Erzähmann zu wählen ist, der in den Reichsrat eintritt, sobald das Mandat eines Minoritätsabgeordneten aus irgendwelchem Grunde erlischt. Des Weiteren wurde noch ein Zusatz angenommen, wonach, falls das Mandat eines Erzähmannes aus irgendwelchem Grunde erlischt, bis zur Vornahme allgemeiner Neuwahlen dieses Mandat unbelegt bleibt. Ferner wurde eine Anzahl Paragraphen, die von der engeren Wahl, Wahlzertifikaten, Doppelpfählen und Neuwahlen handeln, mit unwesentlichen Änderungen angenommen. In der Nachmittagsitzung wurde bei Verhandlung des § 40 ein Antrag auf Schaffung eines Wahlgerichtshofs abgelehnt, nachdem mehrere Redner darin eine Gesetze für das Zustandekommen der Wahlreform erblickt hatten und dafür eingetreten waren, daß das Haus das Kontrollrecht über angefochtene Wahlen beibehalte. Der zur Verhandlung stehende Paragraph wurde in der Hoffnung der Regierungsvorlage, nach der wie bisher das Abgeordnetenhaus selbst über die Gültigkeit der Wahl zu entscheiden haben soll, angenommen.

Der Papst über die französische Kirchenpolitik.

(W. T. B.) Paris, 28. September. Ein Mitarbeiter des "Gaulois" berichtet über eine Unterredung mit dem Papste. Bezuglich der Kultusvereinigungen meinte der Papst, wenn die französischen Gesetzgeber aufrichtig von ihrem Irrtum loskommen würden, so würden sie in Rom das Verlangen nach Aussöhnung und Vergessen des Borgefallenen finden, wenn sie aber vorsätzlich den Kampf suchten, so würden sie der energischsten begegnen.

Verteidigung der Lehre Christi und der Rechte der Kirche beginnen.

Bom den Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und Spanien.

(W. T. B.) Paris, 27. September. Im heutigen Ministerrat legten Bourgeois und Doumergue den Stand der gegenwärtigen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Frankreich und Spanien dar. Der Ministerrat entschied, daß im Falle sich bis zum 1. Oktober kein Einverständnis erzielen lasse, der bisherige modus vivendi um einen Monat verlängert werden könne.

Konferenz der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

(W. T. B.) Genf, 27. September. Heute vormittag ist hier eine Konferenz der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz zusammengetreten. Dr. Koch Berlin überbrachte als Delegierter der Deutschen Reichsverwaltung die Grüße des Staatssekretärs Dr. Grafen v. Rosdorff-Weyher. Staatsrat Fazy begrüßte die Versammlung im Namen der Genfer Behörden. Es sprachen dann Mataja-Oesterreich, Monte Martini Italien und Dr. v. Gaal-Ungarn. Hierauf wurde mit der Erledigung der Kommissionsarbeiten begonnen.

Die russische Kaisersfamilie.

(W. T. B.) Kopenhagen, 27. September. Die "National-Tribune" wird am 28. d. M. die Mitteilung bringen, daß der Zar und seine Familie noch vor Mitte Oktober dem dänischen Königshofe im Schloß Frederiksberg einen Besuch abstatte werden. Die Nachricht wird durch die dem Hofe nahestehenden Kreise bestätigt und hinzugefügt, daß die Kaiserin Witwe von Russland anlässlich der bevorstehenden Ankunft des Zaren die Abreise von hier verschoben habe.

Zum Treiben der russischen Revolutionäre.

(W. T. B.) St. Petersburg, 27. September. Im Kreise Tambow des Gouvernements St. Petersburg sucht eine Bande von etwa 2000 Personen die Bevölkerung dadurch zu terrorisieren, daß sie Brandstiftungen auf großen Gütern verübt; sie hat das bereits in acht Fällen getan. Zu den geschädigten Gütekessern gehören Baron Möller-Sakomelski, Fürst Obolenski und Frau v. Giers. Der Aufenthaltsort der Bande ist noch nicht ermittelt.

(W. T. B.) Kiew, 27. September. Der Vorsitzende der hiesigen Abteilung des "Verbandes russischer Leute" wurde wegen eines seinerzeit von ihm an den Ministerpräsidenten gesetzten Telegramms unter Anklage des Hochverrats gestellt. In diesem Telegramm war die Reichsduma als blutdürsig und nach dem Untergange Russlands strebend bezeichnet und ihre Auflösung verlangt worden.

(W. T. B.) Odessa, 27. September. Durch Mordtaten und Überfälle schwarzer Banden aufs äußerste beunruhigt, sandten die Juden eine Abordnung zum Militärbezirkchef Kaulbars. Dieser versprach, für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen.

Einberufung türkischer Truppen.

(W. T. B.) Konstantinopel, 27. September. Im zweiten Korpsbereiche von Adrianopel wurde auch eine Division von 16 Bataillonen Relys 2. Klasse einberufen, die in Zelten in der Nähe von Adrianopel lagern wird. Dies hat unbegründete Kriegsgerüchte erzeugt. Die Einberufung lautet zur Waffentübung, verfolgt aber zweifellos denselben Zweck wie die bereits gemeldete Einberufung der tschakischen Division.

Zu den Unruhen auf Cuba.

(W. T. B.) Havanna, 27. September. Der Umschlag in der Haltung der gemäßigten Partei ist durch ein von Taft und Bacon gefülltes Ultimatum herbeigeführt worden. Dieses befiehlt, daß, falls die Partei nicht der Vernunft Gehör schenken würde, die Vereinigten Staaten durch Proklamation eine Militärregierung einzuführen würden, die solange bestehen bleibe, bis die Wahl gesichert sei. Das Ultimatum wurde dem Vizepräsidenten Capote, Senator Dols als Vertreter der Gemäßigten und Sayas als Vertreter der liberalen Partei zugestellt, nachdem die gemäßigte Partei eine Sitzung abgehalten hatte, aus der Capote mit der Forderung zurückkam, daß ehe mit Verhandlungen begonnen würde, die Aufständischen die Waffen niedergelegen müßten.

(W. T. B.) London, 28. September. "Morning Post" meldet aus Washington, daß im Falle die Vereinigten Staaten zu einer Intervention gezwungen würden, die erste Division der Okkupationsarmee 8200 Mann stark sein werde. Für den Truppentransport sei bereits vorgesorgt. Es seien auch die Befehle zur Vorbereitung einer Mobilisierung eines zweiten Expeditionskorps von ungefähr gleicher Stärke gegeben worden.

(W. T. B.) Frankfurt a. M., 28. September. Der "Frankl. Star" wird aus New York gemeldet, der cubanische Präsident Palma sei erkrankt und habe sich auf seinen Landsitz